

901
02 602
10 308
20 608
30 608
40 308
50 154
60 154
70 154
80 154
90 154
100 154
110 154
120 154
130 154
140 154
150 154
160 154
170 154
180 154
190 154
200 154
210 154
220 154
230 154
240 154
250 154
260 154
270 154
280 154
290 154
300 154
310 154
320 154
330 154
340 154
350 154
360 154
370 154
380 154
390 154
400 154
410 154
420 154
430 154
440 154
450 154
460 154
470 154
480 154
490 154
500 154
510 154
520 154
530 154
540 154
550 154
560 154
570 154
580 154
590 154
600 154
610 154
620 154
630 154
640 154
650 154
660 154
670 154
680 154
690 154
700 154
710 154
720 154
730 154
740 154
750 154
760 154
770 154
780 154
790 154
800 154
810 154
820 154
830 154
840 154
850 154
860 154
870 154
880 154
890 154
900 154
910 154
920 154
930 154
940 154
950 154
960 154
970 154
980 154
990 154
1000 154

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 320. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1901. Zweite Ausgabe

Donnerstag, 11. Juli 1901. Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 97. Telefon Nr. 155. Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 1. Telefon-AMT VIa Dr. 1140.

Die Gerichtsferien.

Wir leben in der Zeit der Ferien. Die Parlamente haben damit den Anfang gemacht, die Schulen sind geschlossen, und die Gerichte werden in wenigen Tagen die gegebenen Vorschriften anfechten. Am 15. Juli beginnen die in der Gerichtsorganisation vom Jahre 1879 eingeführten Gerichtsferien, sie dauern bis zum 14. September einhundertfünfzig, während dieser Zeit werden von den Gerichten neben den Strafsachen nur die sogenannten schleunigen Sachen, Wechselprozesse, Einnahmeforderungen, Arrest-Angelegenheiten, das Konkursverfahren, das Mahnwesen und ähnliches erledigt. Alle übrigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ruhen während dieser Zeit, es herrscht in dieser Beziehung eine Art Gottesfriede. Dieser Gottesfriede kann jedoch in besonderen Fällen durchbrochen werden. Wer da glaubt, daß sein Rechtsstreit besonders eilig sei, hat beim Gericht zu beantragen, daß die Angelegenheit als Ferienjahre verhandelt werde. Es ist dabei jedoch zu raten, vorher einen Sachverständigen zu Rathe zu ziehen, denn das, was die Partei für eilig hält, ist noch immer nicht das Beste. Vor allem können durch eidesstattliche Versicherung der Parteien erreicht werden, daß durch die Vertagung der Angelegenheit bis nach den Gerichtsferien ein unehrenhafter Schaden entfallen könne. Um Übrigens hat ein solcher Antrag auf Umwandlung einer ordentlichen Prozeßsache in eine Ferienjahre auch noch infolgedessen seinen Nutzen, als der Richter in der Regel die Stellung einer erheblichen Skandale verliert.

Zur Klarstellung mag folgendes Beispiel dienen: Ein Sandwerker liefert auf Bestellung Waare im Betrage von 1000 M. Da Zahlung nicht zu erlangen ist, so sieht er sich im Mai genötigt zu klagen, das Gericht beantragt aber infolge der großen Befolgung einen Termin erst auf die Zeit nach den Gerichtsferien, etwa auf den Monat Oktober. An dem ist für den Sandwerker, der sein Geld braucht, sehr bitter, aber es läßt sich daran nichts ändern. Schlimmer aber wird es, wenn der Schuldner beginnt, sein Geschäft aufzulösen, oder wenn er Konkurs macht, seinen Wohnsitz nach dem Auslande zu verlegen, jedoch die Gefahr vorliegt, daß bis zum Erlaß eines rechtskräftigen Urtheils lärmfähige Vermögensobjekte veräußert sind. In diesem Falle sind zwei Wege vorgehen:

1. Der Antrag auf einen sofortigen Arrest, der dem Gläubiger die Möglichkeit giebt, sich durch sofortige Pfändung der noch vorhandenen Vermögensgegenstände scharlos zu halten. Dieser Arrest wird aber immer nur im Wege einer einstweiligen Verfügung gegen Hinterlegung einer Kaution zu erzielen sein, da der Richter ja nicht weiß, welchen Ausgang der Rechtsstreit nimmt.

Der zweite einzuschlagende Weg ist der, daß der Gläubiger beim Gericht den Antrag auf Umwandlung der Sache in „Ferienjahre“ stellt und dabei den Nachweis erbringt, daß der Schuldner in's Auslande zu gehen beabsichtigt. Hierbei ist aber dringend zur Vorsicht zu mahnen, insbesondere sind die Angaben desjenigen, der die eidesstattliche Versicherung ausstellt, nachzuprüfen, denn in dem Augenblicke, in dem der Gläubiger eine solche Erklärung beim Gericht überreicht, hat er deren Inhalt auch zu verantworten.

Es ist viel über die Möglichkeit, den Schaden der Gerichtsferien getrieben worden. Die einen hegen die gut im Interesse der Richter und auch im Interesse der armen Leute, denen wenigstens die Vertagung mit Klagen während der zwei Sommermonate dringend zu gütigen ist; die anderen verwerfen das System der Gerichtsferien, weil sie nicht einzulösen vermögen, weshalb es zu erheblicher Theil unserer öffentlichen Rechts-Verhältnisse zwei Monate lang ruhen soll und meinen, Sache des Staats wäre es, den Richterstand derart zu vermehren, daß jeder Richter auch ohne die Ferien seinen ausreichenden Urlaub erhalten kann.

Wir meinen, daß der Reichstag mit der Einführung der Gerichtsferien das Nichtigste getroffen hat, insofern, als er durch eine Reihe von Verwaltungsbestimmungen gleichmäßig dafür sorgte, daß jede Prozeßsache, bei der durch die Vertagung infolge der Gerichtsferien eine Verletzung des Rechts eintreten könnte, in eine Ferienjahre umgewandelt werden kann. So wie wir den Parlamenten und den Schulen die Ferien von ganzem Herzen gönnen, so gönnen wir sie auch den Richtern und dem rechtsprechenden Publikum und wir wollen hoffen, daß durch die Gerichtsferien auch diesmal niemandem Schaden geschieht.

Deutsches Reich.

Halle a. S. 11. Juli.
* Mit Genehmigung wird aus den neuesten Berichten der preussischen Gewerbebehörde festgestellt werden können, daß der Lösung der Arbeiterwohnungsfrage von fast allen dabei in Betracht kommenden Faktoren großes Interesse entgegengebracht wird. Die industriellen, Bau- und sonstige Gewerkschaften, die Immobilienversicherungsanstalten, die Berufsgenossenschaften, die Gewerbeaufsichtsbeamten, andere Staatsbehörden u. s. w. suchen auf möglichst ausgebreiteten Bau von Arbeiterwohnungen hinzuwirken, unterstützen den Bau, soweit sie finanzielle Mittel zur Verfügung haben, mit

benutzen und verschaffen dem Arbeiter damit ein Heim, in welchem er sich behaglich fühlen kann. Selbstverständlich bleibt auch auf diesem Gebiete und bei den aufzählenden Faktoren noch Manches zu wünschen übrig, aber nur wenn möglichst zahlreiche Stellen ganz in Sand arbeiten, kann darauf gehofft werden, daß die Wohnungsfrage eine Regelung findet, die im Interesse der Arbeiter liegt. Leider hat man beim Durchlesen der Berichte der Gewerbeämter das Empfinden, als wenn noch in recht vielen Gemeinden nicht das rege Interesse für die Mitbeteiligung an der Lösung der wichtigen sozialpolitischen Aufgabe vorhanden wäre, das gerade von ihnen vorausgesetzt werden müßte. Es wird ja zugegeben werden können, daß die von den Gemeinden zu bewältigenden Aufgaben schon so recht mannigfaltig sind, es kann aber garnicht genug hervorgehoben werden, wie gerade eine rege Beteiligung der Gemeinden, in deren Behörden doch die beste Kenntnis der lokalen Verhältnisse vorhanden ist, zur Lösung dieser Aufgabe beitragen würde. Dadurch, daß hier und da Arbeiter sich vor der angelegentlichen Abhängigkeit scheuen, die das Miethsverhältnis zur Folge haben könnte, wird man sich auf dem einmal betretenen Wege nicht brauchen irre machen zu lassen. Es kommen in diesem Verhalten einzelner Arbeiter die Folgen der sozialdemokratischen Lehren zum Durchbruch, wie ja denn diese angeblich für die Arbeiterinteressen wirkende Partei der einzige Faktor ist, der einen hemmenden Einfluß auf die Lösung der Arbeiterwohnungsfrage ausübt. Man wird sich aber wohl noch daran erinnern können, daß die Sozialdemokratie anfänglich auch gegen jedes Arbeiterverdingungsgezet gestimmt hat und späterhin, als sie merkte, daß in der Arbeiterpolitik denn doch für die Regungen der staatlichen Versicherung ein immer weiteres Verhängnis plagt, dem Revisionen dieser Gesetze ihre Zustimmung gab. Wenn erst die Arbeiterpolitik der Sorgen guter Wohnungen immer mehr besitzeln und eingelehen haben wird, daß die Erhaltung von der Fesselung an die Scholle keine Wärfel ist, wird die Sozialdemokratie ebenso wie bei der Arbeiterversicherung auch in der Arbeiterwohnungsfrage eine Schwächung beabsichtigen, um nicht allein als dienende Partei zu gelten, welche die Schaffung ausreichender Wohnungsgelegenheit für Arbeiter hindert.

* Der Kaiser auf der Nordlandreise. Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord ist Dienstag Abend 11 1/2 Uhr in Dd e eingetroffen. Am Mittwoch früh ging Kaiser Wilhelm gegen 9 Uhr mit einem Theil der Begleitung an Land und internum einen längeren Ausflug das Oddehalb an. Das Wetter ist prächtig. Die „Hohenzollern“ verläßt bis Sonnabend vor Dd e; an Bord Alles wohl.

* Der Herzog von Oldenburg beabsichtigt, zur Hochzeit des Großherzogs Peter von Oldenburg mit der Großfürstin Olga, der Schwester des Kaisers Nikolaus, die am 4. August stattfindet, auf seiner neuen Dampfjacht nach Petersburg zu fahren, um als Chef des Hauses Slesien-Gottorp an der Feierlichkeiten teilzunehmen.

* Zur Verlegung des Hünen Seehafens. Die Werke des Reichsregiments ist gestern Vormittag 10 Uhr in feierlichem Zuge in Schiffsflagge eingedrückt worden. Am Eingange des Deichs fand die Aushebung durch den leitenden Offizier statt, der einen dem Wagen schritten die Kinder des Vertriebenen sowie die nächsten Verwandten. Unter dem Geleite der Gloden bewachte sich der Zug durch die Ortstraße nach der Schloßallee. Vier wurde die Zuge feierlich aufgehoben und sodann eine Kasse gelebt.

* Eine Karte. Verschiedene deutsche Blätter verbreiten eine Meldung der „Himmelspost“, wonach wichtige Unterhandlungen zwischen Deutschland und England bezüglich Chinas im Gange seien. Die russische Regierung behauptet darauf, daß Deutschland anerkenne, daß Russland nicht nur in der Mandchurei, sondern überhaupt in ganz China ein Recht der Großen Mauer die oberste Kontrolle und ein erstes Interesse haben soll, wofür dann Russland Deutschland gewisse Bezüge, die es wünsche, einräumen wolle. Deutschland sei nicht sehr bereit, Russlands Wunsch zu erfüllen, und es sei mehr leichtsinnig, daß im Herbst eine Zusammenkunft zwischen England und Russland stattfinden und der die fraglichen Punkte besprochen werden. — Auch wir haben diese Notiz geflissentlich abgedruckt und erlauben heute dazu von unterrichteter Seite aus Berlin, daß an der Nachricht des englischen Blattes kein wahres Wort ist. Die Meldung ist offenbar erfunden lediglich, um Deutschland und Russland, deren Beziehungen zu einander gegenwärtig so wichtig sind, zu trennen.

* Die Mitglieder der deutsch-französischen Kommission zur Regelung der Grenzverhältnisse zwischen Lugo und Dalmatien sind gestern vom Minister des Auswärtigen Delcaße in Paris empfangen worden.

* Der Jureur der marokkanischen Gefandtschaft. Wie die „Deutsche Warte“ aus erster Quelle erzählt, ist die Entsendung der außerordentlichen marokkanischen Gefandtschaft an den Berliner Hof in erster Linie als ein rein äußerliches Zeichen zu betrachten, das die bestehende Freundschaft zwischen den beiderseitigen Regierungen festzustellen soll. Die Anwesenheit des deutschen Gefandten, Grafen von Zietenbach, in Berlin und die Aufnahme des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Moltke, der den bekannten Reichsfürstern vertritt, bei dem Empfang der marok-

kanischen Gefandtschaft durch den Kaiser bezeugen diese Auffassung. Gleichzeitige werden auch Gefandtschaften allgemeineren Natur zur Sprache kommen, wobei naturgemäß die Stellung Deutschlands zur marokkanischen Frage, die zwar augenblicklich festzuhalten, aber jederzeit wieder auf dem politischen Programm der Mächte erscheinen kann, den Mittelpunkt der Eörterungen bilden wird. Die warmen Worte, welche der Reichserzkanzler an den Kaiser richtete, sowie dessen Antwort deuten auf eine weitere Ausgestaltung des Freundschaftsverhältnisses zwischen beiden Mächten hin, und es ist als sicher anzunehmen, daß Deutschland dem marokkanischen Herrscher in seinem Streben, den jetzigen Besitzstand seines Reichs aufrecht zu erhalten, im Sinne der englischen Politik durchaus wohlwollend gegenübersteht.

* Wann kommt die Kanalvorlage wieder? Die „Post“ schreibt dazu: Wenn aus einer Mitteilung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten bei der Jubiläumssitzung der Reichstags-Deputationen geschlossen wird, daß die Kanalvorlage den Landtag in der nächsten Sitzung wiederum beschäftigen werde, so scheint uns die Berechtigung dieses Schlusses keineswegs gestiftet, wir zweifeln vielmehr nicht daran, daß ein definitiver Beschluß über Form und Zeitpunkt der Wiederbringung der marokkanischen Kanalvorlage erst dann gefaßt werden wird, wenn man sich über die von dem Reichstag unter welchen Voraussetzungen auf eine Verständigung zwischen Regierung und Landtag über die marokkanischen Fragen geteilt werden kann.

* Zum Gumbiner Militärprozess erzählt die „Nat. Ztg.“, daß die Verhandlungen der Verurteilungssitzung vor dem Oberkriegsgericht des ersten Armeebezirks am 18. Juli in Gumbinnen beginnen. Der Verhandlungsvorsitzende ist der Reichsanwalt Dr. Mayer aus Königsberg. Es wird eine umfangreiche neue Zeugenerhebung stattfinden, die auf mehrere Tage berechnet ist. Die alten Verteidiger sind für die zweite Instanz nicht von Amtswegen befreit, sondern als Wahlverteidiger zugelassen. Vertheidiger von Amtswegen sind nicht befreit.

* Politisch-ökonomischer Aufbruch in Ostpreußen? Wir haben bereits mehrfach auf die besprechende Thatsache hingewiesen, daß im Reichstagswahlkreis Ostpreußen-Mittelelbe die Polen als eine eigene Partei aufzulaufen und dem Centrum, das nicht alle ihre nationalen Ansprüche erfüllt, die feierliche Bestätigung der Gefandtschaft gefordert haben. Zur Aufhebung dieser Forderungen sind die bisherigen Kandidaten empfohlen hat, ist es allerdings nicht gekommen, dagegen haben die Polen beschlossen, den Centrumskandidaten bloß auf Bestimmung der Aufzählungen zu wählen, das Centrum für Ostpreußen mit Andacht und Respekt in politischer Sprache, also politisch gefaßt, und damit haben die Polen die Forderung für den Wahlkreis erfüllt. Eine Anzahl von Wahlerversammlungen, welche die Polen sich zu veranstalten beabsichtigen, waren bestimmt, das Centrum, das sie bei der Entscheidung in die Waagschale werfen können, dem Centrum deutlich zum Bewusstsein zu bringen. Vor 2000 Mann, daß der Versuch um den Wahlkreis Ostpreußen nur etwa 2000 Nationalen unter seinen Arbeitern sich bei dem Stimmverhältnis, welches bei der letzten Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Centrum herrschte (erster erhielten 29 7/8, letztere 27 3/4 Stimmen) würde aber durch eine Wählerhaltung der Polen das Schicksal des Centrumsmannes lo zu gut wie befeuert, zumal auch die Freigänger in der Stichwahl für Dr. Bremer eintreten wolle. Das Centrum ist nun aufeinander ziemlich ruhig, was es machen soll, und man muß annehmen, daß es sich in einer totalen Schwäche befindet. Die Polen darf es nicht vor den Kopf stoßen, indem es seinen Forderungen ein stilles Nein entgegenwärt, und andererseits wird es die Forderungen von den politischen Forderungen eine solche Verhinderung aller deutsch-nationalen Gefandtschaften, daß das Centrum, so politisch wie auch sein mag, schon aus allgemeinen parteipolitischen Rücksichten sich schwer dazu empfinden kann, ganz abgesehen von der Gefahr, daß ihm im Wahlkreis Ostpreußen ebenso viel Stimmen deutsch-nationaler Wähler abhandeln werden, wie es die polnische Partei gewonnen würde. Durch solche Erregungen wird die Wahlhaltung der Centrumspartei bis jetzt ziemlich fest gehalten. Die Centrumskandidaten sieht hier an einem Scheitern, bei dem ihm, parteipolitisch betrachtet, die Entscheidung nicht leicht fallen wird, wenn auch selbstverständlich die elementaren nationalen Instinze eine deutsche Partei ablehnen würden, zur Förderung der polnischen Organisation im Westen unersetzbar Baraband die Hand zu reichen. Sollen dann aber die Polen nicht doch noch zum Centrum einfallen, so wäre die Wahl des Dr. Bremer ziemlich gesichert.

* Zur Nichtbestätigung der Wahl des Stadtraths Kaufmann von Bürgermeistern schreiben die „Berl. Pol. Anzeig.“: Wenn auch naturgemäß im ersten Augenblicke die Nachricht von der Nichtbestätigung der Wahl des Stadtraths Kaufmann vom zweiten Bürgermeistern von Berlin in den bestellten Kreisen unwillkommen gewirkt hat, so dürfte doch sehr bald eine ruhigere Auffassung über den Fall Platz greifen. Das Nichtbestätigen bezieht die vormalige Prüfung der Wahl in allen Beziehungen, und man wird sich auch in den Kreisen der Anhänger der Wahl des Stadtraths Kaufmann sagen müssen, daß wenn diese vormalige Prüfung ein negatives Ergebnis gehabt hat, darin an sich etwas Verlegendes für das Wahlvolkstum nicht gefunden werden kann, weil bei dieser Prüfung auch Momente im Bewußt sein können, welche bei der Wahl unberücksichtigt geblieben sind. Zudem wird die Thatsache, daß die Wahl in bestätigung die Frage der Eintritte des Stadtraths Kaufmann in die Stelle des zweiten Bürgermeisters endgiltig in negativem Sinne entschieden ist, zu der Überzeugung führen, daß die in einigen Organen der Presse empfohlene Wiederwahl desselben den Charakter einer reinen Demagogik haben würde, deren praktischer Erfolg allein der sein könnte, daß für die Stadt Berlin so mehrfache Verhältnisse zusammenwirken der Staats- und Kommunalbehörden ermöglicht erwidert würde. Erregungen dieser Art haben seiner Zeit dazu geführt, daß die Stadterneuerungslösung in Königsberg von der demokratischen Wählerseite des Dr. Tullio zum Stadtrath abgewiesen hat. Die Wähler der Stadterneuerungslösung werden sich gewiss ein negatives Ergebnis bei der Wahlvolkstum nicht überstreifen lassen, sondern, wenn der Zeitpunkt zu einer Neuwahl gekommen sein wird, ihm wieder auf einen

